

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1593

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1593



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

FÜR EINEN KLIMAFREUNDLICHEN SCHWEIZER FINANZMARKT

Wieso eine konsequent nachhaltige Finanzstrategie die Schweiz weiter bringt.

Beat Jans, Nationalrat SP Basel-Stadt, Umweltnaturwissenschaftler

20. April 2018

Bis 2030 soll kein Schweizer Geld mehr in die Erschliessung von fossilen Brennstoffen investiert werden. Für die Schweiz, die als Finanzplatz eine führende Rolle spielt, ist das eine zentrale und wirkungsvolle Massnahme zum Schutz des Klimas. Und sie macht den Finanzplatz und unsere Ersparnisse sicherer und fit für die Zukunft. Was der Schweizer Finanzmarkt durch sein zögerliches Aufbauen einer Weissgeldstrategie verloren hat, kann er durch eine konsequente «Grüngeldstrategie» zurückholen.

Inhalt

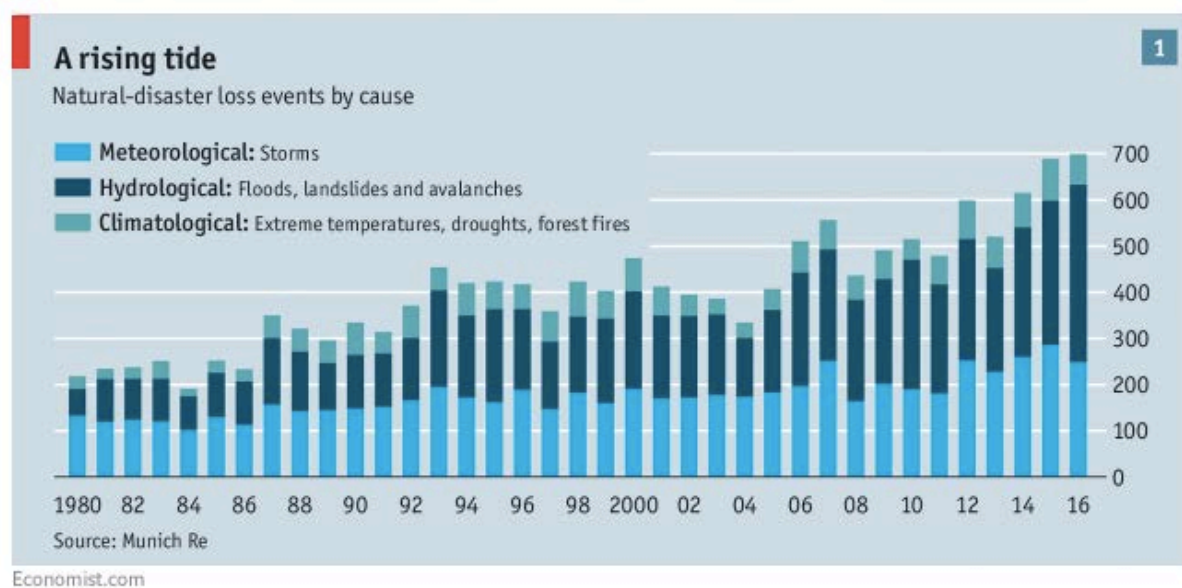
| | |
|--|-----------|
| 1. DIE HERAUSFORDERUNG..... | 3 |
| 1.1 ZUNAHME DER EXTREMEREIGNISSE..... | 3 |
| 1.2 DER MARKT WIRD ES NICHT RICHTEN..... | 4 |
| 1.3 DIE VERPFLICHTUNG (PARISER ABKOMMEN) | 5 |
| 1.4 FINANZMARKT ALS GRÖSSTER HEBEL DES SCHWEIZER KLIMASCHUTZES..... | 5 |
| 2. FEHLER UND RISIKEN..... | 7 |
| 2.1 TEURE FEHLINVESTITIONEN | 7 |
| 2.2 DIE KOHLENSTOFFBLASE: EINE GEFAHR FÜR DEN FINANZPLATZ | 8 |
| 2.2 DIE KOHLENSTOFFBLASE: EINE GEFAHR FÜR UNS ALLE | 9 |
| 3. GELD WEG VON FOSSILEN ANLAGEN | 10 |
| 3.1 DIE WELLE DER DESINVESTITIONEN..... | 10 |
| 3.2 WAS BRINGT DESINVESTITION?..... | 11 |
| 3.3 DIE FOSSILINDUSTRIE IST UND BLEIBT ZERSTÖRERISCH..... | 11 |
| 3.4 ABHÄNGIG VON DER ZERSTÖRUNG | 12 |
| 4. DIE CHANCE..... | 14 |
| 4.1 NACHHALTIGE ANLAGEN SIND BESSER | 14 |
| 4.2 CHANCE FÜR DIE SCHWEIZ | 15 |
| 4.3 SCHWARZGELD, WEISSGELD, GRÜNGELD..... | 16 |
| 5. DIE POLITIK..... | 18 |
| 5.1 DIE POLITIK IN DER SCHWEIZ..... | 18 |
| DIE BUNDESVERWALTUNG | 18 |
| DIE KANTONE | 19 |
| DIE SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK (SNB)..... | 19 |
| 5.2 DIE POLITIK AUF INTERNATIONALER EBENE | 20 |
| DER AKTIONSPLAN DER EU-KOMMISSION..... | 20 |
| INTERNATIONALE ZENTRALBANKEN..... | 21 |
| 6. FORDERUNGEN | 22 |
| 6.1 INTERNATIONALES ENGAGEMENT DER SCHWEIZ GEGEN KLIMASCHÄDLICHE INVESTITIONEN | 22 |
| 6.2. BERUFSVORSORGE: DIE ZIELE DER VERMÖGENSVERWALTUNG GESETZLICH ERWEITERN | 22 |
| 6.3 TRANSPARENZ SCHAFFEN | 23 |
| 6.4 DIE NATIONALBANK UND DIE FINANZMARKTAUFSICHT VERPFLICHTEN | 23 |
| 6.5 ZIELVORGABEN AN ALLE ANLEGER..... | 23 |
| 6.6 CO ₂ -ABGABE AUF KLIMASCHÄDIGENDE KAPITALGEWINNE | 24 |

1. Die Herausforderung

Es ist im Interesse auch der Wirtschaft, dass die Politik entschlossen handelt und die Energieversorgung neu organisiert. Dazu braucht es den Finanzmarkt als grössten Hebel im Schweizer Klimaschutz.

1.1 Zunahme der Extremereignisse

Gelingt es nicht, die Klimaerhitzung auf plus 1.5°-2° zu beschränken, werden Naturkatastrophen, Ernährungsprobleme, Migrationsströme und Verdrängungskonflikte in bedrohlichem Masse zunehmen. Die Schweizer Rückversicherung schrieb im April 2018, dass die weltweit durch Natur und Mensch verursachten, versicherten Schäden mit 144 Milliarden Franken die grösste je verursachte Schadenssumme erreichten.



Figur 1: **Globale Entwicklung der Naturkatastrophen:** Die Anzahl der globalen Ereignisse nimmt zu. Quelle: the economist (2017)¹

Wenn die Klimaerhitzung zu stark fortschreitet, lassen sich deren Risiken wohl nicht mehr versichern. Das schreibt das 'insurance journal' im November 2017.²

«Es ist eine grosse Sorge von Swiss Re, dass der Graben zwischen den wirtschaftlichen Schäden und dem, was versichert ist, zu gross wird... Einige Signale der globalen Erwärmung sind schon da. Da gibt es nichts mehr zu diskutieren.»

Peter Zimmerli von SwissRe, der zweitgrössten Rückversicherung der Welt.³

¹ The economist, 31. August 2017: "The likelihood of floods is changing with the climate. Both the future and the past may be more extreme than was thought."

² <https://www.insurancejournal.com/news/national/2017/11/13/470949.htm>

³ <https://www.insurancejournal.com/news/national/2017/11/13/470949.htm>

Das Klima könnte einen Kipppunkt erreichen, an dem seine Entwicklung sich nicht mehr voraussagen lässt. Alle massgebenden wissenschaftlichen Institutionen unterstreichen mit ihren Forschungsergebnissen das Risiko, dass dies innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahrzehnte erreicht sein könnte, sollte es nicht gelingen, den menschlichen Ausstoss an Treibhausgasen stark einzudämmen.

... die Erhöhung der globalen Temperaturen über eine bestimmte Schwelle hinweg könnte abrupte unvorhersehbare und möglicherweise irreversible Veränderungen mit weitreichenden und überaus zerstörerischen Folgen auslösen. An diesem Punkt werden möglicherweise unaufhaltsame Prozesse in Gang gesetzt, selbst wenn wir der Atmosphäre kein CO₂ mehr zuführen. Das wäre so, als würde eine Bremse blockieren, so dass wir das Problem und seine Folge nicht mehr unter Kontrolle haben.

American Association of Advancement of Science 2014 ⁴

Die Erderwärmung bedroht also die Finanzstabilität von Betrieben und Volkswirtschaften, wenn Treibhausgasemissionen nicht bald und rasch gesenkt werden. Das European Systemic Risk Board der EU erklärt dies folgendermassen: *«In einem günstigen Szenario vollzieht sich der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft allmählich: Die Anpassungskosten sind überschaubar, und die Neubewertung von CO₂-Anlagen ist wahrscheinlich kein Systemrisiko. In Ermangelung zusätzlicher politischer Maßnahmen oder technologischer Durchbrüche dürfte der Treibhausgasbestand in der Atmosphäre jedoch mittelfristig weiter wachsen. Ein zu spätes Bewusstsein für die Bedeutung der Emissionskontrolle könnte zu einer abrupten Umsetzung von Mengenbeschränkungen für den Einsatz kohlenstoffintensiver Energiequellen führen. Die Kosten des Übergangs werden entsprechend höher sein».*⁵ Das höchste Gremium der EU, welches Finanzrisiken beurteilt, sagt somit klar: Warten lohnt sich nicht. Hingegen bietet eine klimafreundliche Finanzstrategie erhebliche Vorteile. Das wird in Kapitel 4 ausgeführt.

Aus diesen Gründen haben alle Unternehmerinnen und Anleger, die sich darum kümmern, wohin die Geldmittel fliessen, nicht nur ein ethisches, sondern auch ein grosses wirtschaftliches Interesse, den Klimaschutz zu fördern. Oder wie Jim Yong Kim, Präsident der World Bank Group, sagte: *“Zu überdenken, was treuhänderische Verantwortung in einer sich ändernden Welt, bedeutet, ist pures Eigeninteresse. Jede Firma, jeder Investor, jede Bank, welche ihre neuen und alten Anlagen auf das Klimarisiko hin überprüft, handelt schlicht pragmatisch.”*

1.2 Der Markt wird es nicht richten.

Nach heutigem Stand des Wissens wird es nicht gelingen, mit sogenanntem ‘carbon capturing’ Kohlendioxid und andere Treibhausgase rechtzeitig aus der Atmosphäre zu entfernen. Zudem sind die Auswirkungen dieser Technik und die damit verbundenen langfristigen Risiken unklar. Um die Menge an Treibhausgasen in der Atmosphäre zu stabilisieren, bleibt der Menschheit nichts anders übrig, als die Menge fossiler Treib- und Brennstoffe zu begrenzen und zwar rasch. Bis in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts muss die Weltwirt-

⁴ The Guardian, 18. März 2014: Climate change is putting world at risk of irreversible changes, scientists warn.

⁵ https://www.esrb.europa.eu/pub/pdf/asc/Reports_ASC_6_1602.pdf

schaft klimaneutral sein. Das ist eine enorme Herausforderung für die Weltwirtschaft. Denn noch steigt der globale Ausstoss an Klimagasen weiter an.

Die Stabilisierung des Klimas kann nur gegen die wirtschaftlichen Interessen der Öl-, Gas- und Kohleindustrie durchgesetzt werden. Denn diese hält in ihren Lagerstätten weit mehr Kohlenstoffreserven, als die Menschheit noch verbrennen darf. Wenn der Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft rechtzeitig gelingen soll, muss sie zwangsläufig stark an Wert verlieren, denn sie darf einen grossen Teil ihrer Reserven nicht mehr nutzen. Die alternative Energieversorgung auf der Basis von erneuerbaren Energieträgern und Energieeffizienz wird zwar immer günstiger und schreitet rasch voran. Diese positiven Preissignale werden aber nicht genügen, um die Wende rechtzeitig auszulösen. Denn erstens sind die Investitionszyklen der Energiesysteme lang. Zweitens gibt es wegen der grossen Reserven an Erdöl, Gas und vor allem Kohle nicht rechtzeitig Knappheitssignale auf dem Energiemarkt. Und schliesslich trägt die fossile Industrie die von ihr verursachten Kosten der klimabedingten Naturkatastrophen nicht mit. Die externen Kosten sind nicht internalisiert. Deshalb lässt sich die Klimaerhitzung nur durch klare politische Rahmenbedingungen und ordnungspolitische Eingriffe abwenden. Der Markt wird es nicht richten. Es braucht entschlossenes politisches Handeln. Dazu gehört eine gezielte Ausrichtung der Investitionen: weg von der fossilen, hin zur erneuerbaren Wirtschaft.

1.3 Die Verpflichtung (Pariser Abkommen)

Die überragende Bedeutung der Geldflüsse für den Klimaschutz haben auch die 195 Regierungen der Welt erkannt, als sie am 12. Dezember 2015 das Pariser Klimaabkommen verabschiedet haben. Darin verpflichten sie sich, die Klimaerhitzung auf deutlich unter 2 °C, möglichst 1,5 °C, zu begrenzen. Dazu sollen die Treibhausgasemissionen weltweit zwischen 2045 und 2060 auf null gesetzt werden. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, Zwischenziele festzulegen und regelmässig über die Zielerreichung zu berichten. Sie verpflichten sich in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c aber eben auch, Massnahmen zu ergreifen, dass die Finanzflüsse zur Erreichung der Ziele beitragen. Die Schweiz hat sich mit der Unterzeichnung dieses Abkommens also klar verpflichtet, als weltweit wichtiger Finanzplatz dafür zu sorgen, dass die Geldflüsse den Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft fördern.

Pariser Klimaabkommen Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c:

«Dieses Übereinkommen zielt darauf ab, durch Verbesserung der Durchführung des Rahmenübereinkommens einschliesslich seines Zieles, die weltweite Reaktion auf die Bedrohung durch Klimaänderungen im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und den Bemühungen zur Beseitigung der Armut zu verstärken, indem unter anderem: [...] die Finanzmittelflüsse in Einklang gebracht werden mit einem Weg hin zu einer hinsichtlich der Treibhausgase emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung.»

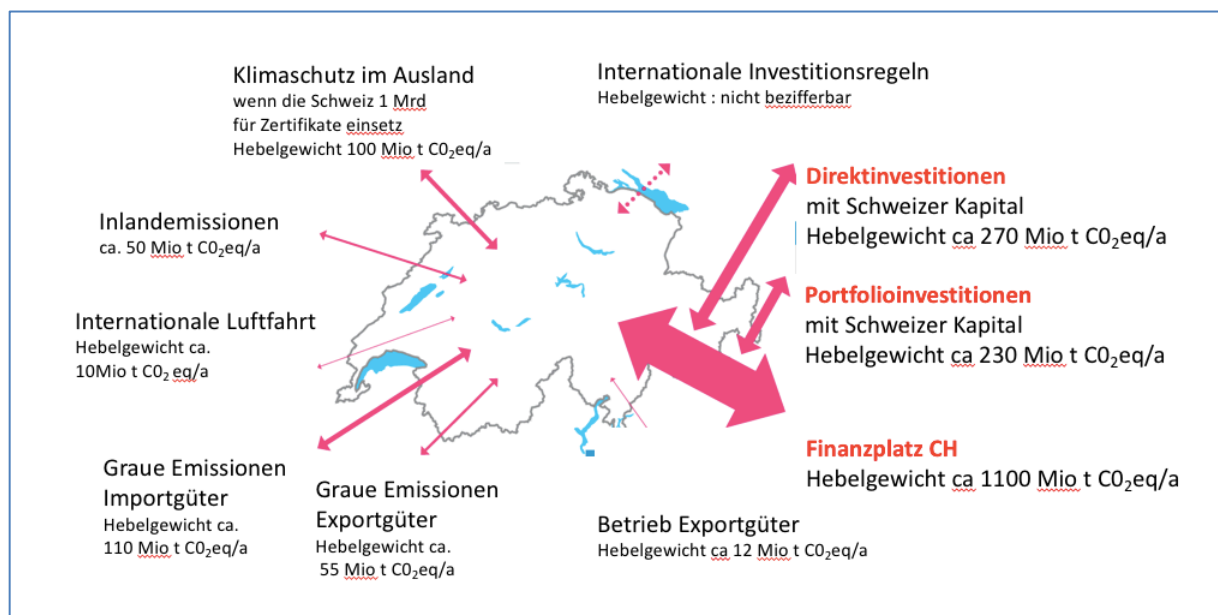
1.4 Finanzmarkt als grösster Hebel des Schweizer Klimaschutzes

Die Wenigsten von uns sind sich bewusst, dass die wichtigste Gefahr für das Klima unser Geld ist. Während wir Schweizerinnen und Schweizer in unserem Alltag Vieles unterneh-

men, um Klimagase zu vermeiden, bewirken unsere Sparguthaben bei der Altersvorsorge, bei der Versicherung oder auf dem Bankkonto genau das Gegenteil. Eine Studie des Bundesamts für Umwelt (BAFU) zeigt, dass alleine unser Geld in den Pensionskassen gleich viel Treibhausgase finanziert, wie wir selber ausstossen.⁶ Der Finanzmarkt der Schweiz ist für das Klima viel bedeutender als die Schweizer Wirtschaft.

Wir sind mit durchschnittlich 537'600 US-Dollar Vermögen pro erwachsener Person das reichste Land der Welt.⁷ Wir haben Versicherungen und Vorsorgeeinrichtungen, sogenannten institutionellen Anlegern, die gewaltige Summe von rund 1500 Mrd. Franken anvertraut.⁸ Dazu kommt noch privat investiertes und viel ausländisches Geld, das über den Schweizer Finanzplatz angelegt wird. Auf dem Finanzplatz Schweiz werden 3700 Mrd. \$ an privaten Vermögen verwaltet. Mit einem Volumen von 2300 Mrd. \$ an aus dem Ausland stammenden Geldern ist die Schweiz der weltweit grösste Offshore-Finanzplatz.⁹

Ein erheblicher Teil davon fliesst in Konzerne, welche mit Erschliessung, Ausbeutung, Verarbeitung oder Nutzung von Kohlenstoff den Klimawandel antreiben. Mit seinen Investitionen in die globalen Finanzmärkte unterstützt der Schweizer Finanzplatz ein globales Klimawandelszenario von 4 bis 6 Grad Celsius.¹⁰ Während die in der Schweiz produzierten Klimagase etwa ein Tausendstel der globalen Ausstösse ausmachen, dürfte die durch den Schweizer Finanzplatz produzierte indirekte Klimaerwärmung mindestens zehn Mal höher liegen und zu den grössten der Welt zählen. Eine nationale Investitionsstrategie, welche dazu beiträgt, dass das Geld nicht mehr in die fossile, aber immer mehr in die erneuerbare Wirtschaft fliesst, ist deshalb der wichtigste Beitrag, den die Schweiz zum globalen Klimabeitrag leisten kann.



⁶ BAFU (2015): Kohlenstoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz, Zürich/Vaduz, 23. Oktober 2015. Umgerechnet in finanzierte Emissionen pro Versicherten ergibt sich ein Wert von zusätzlichen ausländischen 6.4 tCO_{2eq}. Der jährliche Pro-Kopf-Ausstoss an inländischen Treibhausgasen betrug im Jahr 2013 6.5 tCO_{2eq}.

⁷ Credit Suisse (2014): «Global Wealth Report 2014».

⁸ Institutionelle Schweizer Anleger in CHF 2014: Pensionskassen 755 Mrd., AHV/IV/EO-Fonds 35 Mrd., SUVA 44 Mrd., Schweizerische Nationalbank 445 Mrd., Versicherungssektor 530 Mrd., Kirchen 8 Mrd., Kantone und Gemeinden 93 Mrd. (zwischen Versicherungen und Pensionskassen sind Überschneidungen möglich).

⁹ NZZ vom 7.6.2016: Schweiz weiterhin führend.

¹⁰ BAFU (2015): Kohlenstoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz Zürich/Vaduz, 23. Oktober 2015.

Figur 2: Die 10 Hebel des Schweizer Klimaschutzes

Die Darstellung zeigt, dass die Schweiz mit Direkt- und Portfolioinvestitionen sowie mit den Aktivitäten des Schweizer Finanzplatzes über die grössten Hebel für den Klimaschutz verfügt. Quelle Klima-Masterplan Schweiz¹¹

Z.B. Swisscom:

Swisscom hat viel unternommen, um die CO₂-Emissionen ihres Betriebs zu senken. Sie konnte ihre direkten CO₂-Emissionen in zehn Jahren von über 100'000 Tonnen auf jährlich ca. 20'000 Tonnen hinunter bringen. Ihre Pensionskasse ist gemäss einer Schätzung von Swisscanto (2014) aber in 3,2 Millionen Tonnen CO₂ investiert. Ähnliches gilt für viele andere Unternehmen und Pensionskassen.¹²

2. Fehler und Risiken

Statt die Energieversorgung aus erneuerbaren Ressourcen rasch genug zu fördern, steckt die Menschheit immer mehr Geld in die Suche nach neuen Lagerstätten fossiler Ressourcen. Damit heizt sie nicht nur die Erde auf, sondern auch die Finanzmärkte.

2.1 Teure Fehlinvestitionen

Der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Sir Nicolas Stern, rechnete 2006 in seinem bahnbrechenden Stern-Report¹³ vor, dass sich der Klimawandel stoppen liesse, wenn die Welt etwa ein Prozent des globalen BIP dafür aufwenden würde. Heute, ein verlorenes Jahrzehnt später, geht er davon aus, dass bereits etwa zwei Prozent des BIP nötig wären. Tut die Welt das nicht, wird es noch teurer, denn die Reparaturkosten für die kommenden, stark zunehmenden Naturkatastrophen werden deutlich höher sein, so Stern. Doch statt den Ausstieg zu finanzieren, wird immer noch gigantisch viel Geld ins Gegenteil investiert. Allein im Jahr 2012 haben die 20 grössten Energiekonzerne 674 Milliarden¹⁴ Dollar ausgegeben, um nach neuen fossilen Lagerstätten zu suchen, die das Klima zusätzlich belasten werden. Dies mit grosszügiger Unterstützung von Schweizer Anlegern. Hinzu kommen zahlreiche Konzerne, welche von der Verarbeitung und Nutzung fossiler Brennstoffe leben und ebenfalls beachtliche Mengen an Schweizer Geldern beanspruchen. Die über den Finanzplatz Schweiz getätigten Investitionen verursachen jedes Jahr geschätzte Treibhausgasemissionen von über 1100 Mio.t CO₂-Äquivalenten (CO_{2eq}). Die durch in der Schweiz ansässigen juristischen und natürlichen Personen im Ausland in Besitz befindlichen Portfolio- und Direktinvestitionen verursachen dort Emissionen von rund 500 Mio.t CO₂¹⁵. Das ist zehn Mal mehr, als die Schweiz selber emittiert.

¹¹ Klima-Allianz Schweiz (2016): Klima-Masterplan Schweiz (2016).

¹² <https://www.wwf.ch/sites/default/files/doc-2017-08/2016-06-studie-schweizer-pensionskassen-und-verantwortungsvolles-investieren-bericht-2015-2016.pdf>

¹³ Stern Review on the Economics of Climate Change), 30. Oktober 2006.

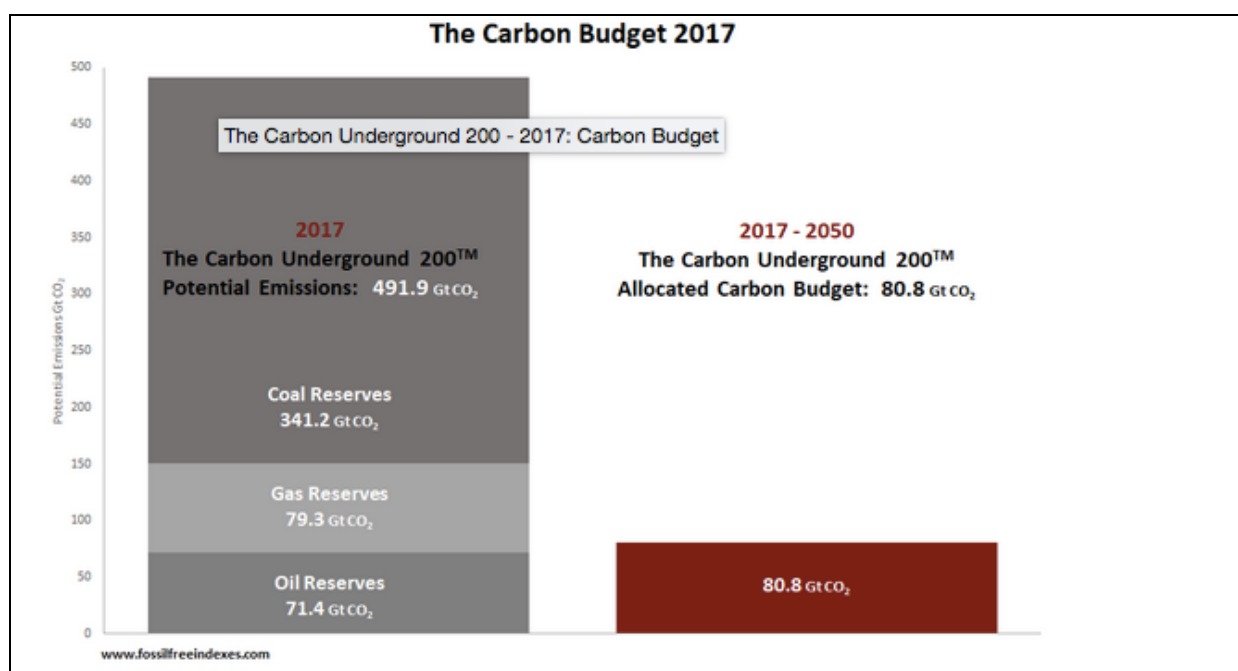
¹⁴ Schätzung der Klima-Allianz Schweiz: Klimamasterplan Schweiz (2016).

¹⁵ BAFU (2015): Kohlenstoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz Zürich/Vaduz, 23. Oktober 2015.

Die Ausrede, Klimaschutz komme den ärmeren Teil der Bevölkerung zu teuer zu stehen, zählt nicht. Es sind die wachsenden Folgekosten und die Umweltkatastrophen, welche die Bevölkerung, gerade in ärmeren Schichten und Ländern, besonders heftig treffen werden. Heute kurzfristig zu sparen, erhöht die Kosten von morgen.

2.2 Die Kohlenstoffblase: eine Gefahr für den Finanzplatz

Die hohen Schweizer Investitionen in ausländische Energiekonzerne laufen nicht nur den Klimazielen entgegen. Sie sind auch ökonomisch falsch. Denn der Schweizer Finanzplatz ist mit diesen Investitionen einem erheblichen Risiko ausgesetzt. Warum? Es ist heute unbestritten, dass die Klimaziele nur erreicht werden können, wenn der grösste Teil der Reserven an fossilen Brennstoffen nicht verbrannt wird, also im Boden bleibt. Diese Reserven bilden aber das Kapital der globalen Konzerne, welche fossile Reserven in ihren Bilanzen ausweisen oder deren Geschäftsmodell darauf basiert, diese auszubeuten. Wenn sie die fossilen Reserven nicht verwenden dürfen, schrumpft ihr Kapitalwert dramatisch.



Figur 2: **Die Kohlenstoffblase:**

Die Menge an Kohlenstoff, welche die Menschheit maximal noch verbrennen darf, damit sich die Erde nicht mehr als 2 Grad erwärmt, ist rund fünf Mal kleiner als die bilanzierten fossilen Reserven der 200 grössten Energiekonzerne.¹⁶

“Die drohende Wahl lautet, entweder zerstören wir diese Vermögenswerte oder den Planeten. (Im Original: “The looming choice may be either stranding those assets or stranding the planet.”)

Angel Gurría, Generalsekretär OECD¹⁷

¹⁶ <http://fossilfreeindexes.com/research/the-carbon-underground/>

¹⁷ <http://www.oecd.org/env/the-climate-challenge-achieving-zero-emissions.htm> (2013)

Weil sie aus politischer Sicht über nicht nutzbare fossile Reserven verfügen, sitzen die grossen Energiemultis auf ‚stranded assets‘, auf Vermögen, die sie nicht in Wert setzen können. Deshalb sind viele Energiekonzerne gemessen an den Zielen des globalen Klimaabkommens stark überbewertet. Man spricht von einer Kohlenstoffblase (carbon bubble). Und mit jedem Franken, der in die Erschliessung weiterer Öl-, Gas- und Kohlere-serven investiert wird, wächst diese Blase genauso wie das potentielle Klimaproblem. Das Zweigrad-Ziel steht deshalb in diametralem Widerspruch zum Geschäftsmodell vieler internationaler Grosskonzerne wie ExxonMobile, Chevron, BritishPetrol, Gazprom etc. Wenn die Regierungen ihre Klimaziele durchsetzen, werden die Aktienpreise dieser Unternehmen fallen und viel Ersparnis von Schweizerinnen und Schweizern vernichten. Es ist deshalb auch aus ökonomischen Gründen sinnvoll, Wertpapiere der Öl-, Gas- oder Kohleindustrie abzustossen.

2.2 Die Kohlenstoffblase: eine Gefahr für uns alle

Das Risiko der Kohlenstoffblase steckt in unseren Ersparnissen. Das BAFU hat die 100 grössten Schweizer Aktienfonds, die Aktienfonds der systemrelevanten Banken sowie die Aktienportfolios ausgewählter Pensionskassen auf ihre Treibhausgasintensität hin geprüft.¹⁸ Es kam zum Schluss, dass der Schweizer Aktienfondsmarkt Emissionen von gut 52,2 Millionen Tonnen CO_{2eq} im Ausland hält. Dies entspricht in etwa dem gesamten Ausstoss auf Schweizer Territorium. In den Pensionskassen sind Emissionen von rund 25 Millionen Tonnen CO_{2eq} oder 6,4 Tonnen pro versicherte Person damit verbunden.

Wenn diese CO₂-Emissionen künftig mehr kosten, so das BAFU, ergibt sich daraus ein potenzielles Risiko. Je nach CO₂-Preisszenario ergeben sich Kosten für den Schweizer Aktienfondsmarkt zwischen 1 und 6,75 Milliarden Franken. Es geht also immerhin um rund ein Prozent des Bruttoinlandprodukts der Schweiz. Müssten die Pensionskassen ihre CO₂-Kosten tragen, entspräche dies im höchsten Preisszenario rund einem Fünftel der aktuell pro Jahr ausbezahlten Altersrenten.

Die britische Grossbank HSBC schätzte schon 2012, dass 40-60% des Börsenkapitals von Öl- und Gasunternehmen der Carbon Bubble ausgesetzt sind. Die ausgewiesenen Vorkommen von fossilen Brennstoffen wurden auf rund €16 Billionen geschätzt. Auch der Think Tank Carbon Tracker Initiative warnt davor, dass fossile Energieunternehmen in den nächsten zehn Jahren riskieren, bis zu 2,2 Billionen Dollar an Kapital zu verschwenden, so dass Investorinnen und Investoren erhebliche Ertragseinbussen drohen.¹⁹ Wenn die Regierungen mit dem 2-Grad-Ziel ernst machen, kommt es zu einer gigantischen, unvermeidlichen Wertvernichtung. Folglich sind viele Länder, aber auch viele Investorinnen und Investoren heute aus purem Eigeneinteresse daran, ihre treuhänderischen Investitionen zu überprüfen.

In der Schweiz ist diese Erkenntnis noch nicht angekommen. Während verschiedene Zentralbanken das Problem²⁰ erkannt haben, ihre Klimarisiken untersuchen und minimieren, tut die Schweizerische Nationalbank nichts (siehe Kapitel 5.1). Die Schweizer Banken befeu-

¹⁸ BAFU (2015): Kohlenstoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz Zürich/Vaduz, 23. Oktober 2015.

¹⁹ Carbon Tracker Initiative (2015): Fossile Energieunternehmen riskieren, 2 Billionen Dollar mit unwirtschaftlichen Projekten zu verschwenden, 3. Dezember 2015.

²⁰ <https://2degrees-investing.org/the-green-supporting-factor-quantifying-the-impact-on-european-banks-and-green-finance/>

ern es gar noch. Allein die UBS und die Credit Suisse haben in den Jahren 2015-2017 Kredite in der Höhe von 12.3 Milliarden Dollar für Teersandöl, arktisches Öl, Ultra-Tiefseeöl, Flüssigerdgas, Kohlebergbau und kohlebefeuerte Energie vergeben.²¹

3. Geld weg von fossilen Anlagen

Seine Ersparnisse in die Kohle-, Öl- oder Gasindustrie zu stecken, ist weder ethisch noch ökonomisch vertretbar.

3.1 Die Welle der Desinvestitionen

Immer mehr Institutionen steigen aus dem Geschäft mit fossiler Energie aus. Die Organisation fossilfree.org listet nicht weniger als 851 Institutionen auf, die ihre Anlagen in den letzten Jahren bewusst klimafreundlich ausgerichtet haben, indem sie ihre Anteile an Kohle-, Öl- oder Gaskonzernen vollständig oder teilweise verkauft haben.²² Dazu gehören grosse Fonds wie die 270 Mrd. schwere schwedische Pensionskasse AP2 oder der grösste Fonds der Welt, der norwegische Staatsfonds, der ein Vermögen von rund 1000 Mrd. \$ verwaltet und seine Beteiligungen an Kohlekonzernen verkauft hat.²³ Auch private Fonds wie der Rockefeller Brothers Fund oder die Bank J Safra Sarasin gehören dazu. Genauso dazu gehören ca. 70 religiöse Organisationen wie der World Council of Churches, die Lutheran World Federation oder die Church of England, rund hundert Städte aus vier Kontinenten (darunter New York, Lille, Melbourne, Glasgow oder Leipzig) und etwa 90 Universitäten, darunter die University of Stanford, eine der renommiertesten Wirtschaftsschulen.

In der Schweiz sind die grossen Pensionskassen Publica und BVK aus dem Kohlegeschäft ausgestiegen. Die Pensionskassen Abendrot und Nest sowie die Alternative Bank ABS sind überhaupt nicht in die fossile Industrie investiert. Zu den grossen Schweizer Unternehmen, die ihre Anlagestrategie nach ökologischen Kriterien ausgerichtet haben, gehört auch die SwissRe.²⁴

“Unser Startpunkt für die Analyse war, die finanziellen Risiken im Energiesektor zu analysieren. Indem wir nicht in eine Anzahl von Konzernen investieren, reduzieren wir das ‚exposure to risk‘ von fossil basierten Energiekonzernen. Diese Entscheidung wird helfen, den langfristigen Return on Investment zu schützen.“

Eva Halvarsson, CEO AP2 Fund (270 Mrd.), der beschlossen hat, alle fossilen Anlagen abzustossen.

²¹

https://www.banktrack.org/download/banking_on_climate_change/banking_on_climate_change_2018_web_final.pdf

²² <https://gofossilfree.org/divestment/commitments/>

²³ <https://www.bloomberg.com/news/articles/2015-05-05/nordic-funds-cut-u-s-oil-coal-investments-on-climate-concern>

²⁴ media.swissre.com/documents/ZRH-17-11623-P1_Responsible+Investments_WEB.PDF

3.2 Was bringt Desinvestition?

Besonders wirksam sind Desinvestitionen bei Krediten oder Anleihen (Obligationen). Wenn die Geldgeber gewissen Projekten oder Unternehmen direkt das Geld entziehen oder verweigern, entziehen sie ihnen die Grundlage. Auch Versicherungen können eine erhebliche Wirkung entfalten, wenn sie beispielweise aufhören, klimaschädliche Projekte zu versichern. Weniger direkt wirkt das Verkaufen von Aktien, denn diese werden ja unmittelbar von Jemand anderem gekauft. Aktienverkäufe können auf Dauer den Preis beeinflussen, haben in erster Linie aber eine Signalwirkung: Wenn immer mehr und immer wichtigere Investorinnen und Investoren bewusst Aktien abstossen oder nicht kaufen, werden sich die betroffenen Firmen neu orientieren müssen und beispielsweise auf Energiequellen fokussieren, die erneuerbar sind. Fossilfree.org schreibt dazu: „Es gibt in der jüngsten Geschichte Beispiele für erfolgreiche Desinvestitionskampagnen, darunter Darfur, Tabak und andere, aber die grösste und wirkungsvollste spitzte sich während der Apartheid in Südafrika zu. Bis Mitte der 80er Jahre hatten 155 Universitäten in den USA, darunter einige der höchst angesehenen, ihr Vermögen aus Unternehmen abgezogen, die in Südafrika wirtschafteten. Die Regierungen von 26 Bundesstaaten, 22 Landkreisen und 90 Städten, darunter einige der grössten im Land, desinvestierten ihr Vermögen aus den multinationalen Unternehmen. Die südafrikanische Desinvestitionskampagne trug wesentlich dazu bei, dem Apartheidregime das Rückgrat zu brechen und eine Ära der Demokratie und Gleichberechtigung einzuläuten.“

„Nachdem schon viele kleinere und mittelgrosse Investoren beschlossen haben, die Aktien der fossilen Energiefirmen nicht mehr anzufassen, fehle nur noch ein «Leithammel», dem die grosse Herde der Anleger folge.“ Jeremy Leggett, Chairman Carbon Tracker Initiative; NZZ, 26.9.2014

“Das ist eine der am schnellsten voranschreitenden Bewegungen, die ich in den letzten 30 Jahren auf den Märkten gesehen habe.“ Kevin Bourne, Financial Times SE managing director über die Divest-Kampagne von fossilfree.org

“Das Resultat der Stigmatisierung durch die ‚fossil Divest Kampagne‘ ist inzwischen die weitreichendste Bedrohung für die fossilen Firmen...“

Ben Caldecott, Director of Stranded Assets programme Smith School, University Oxford, über die Divestment-Kampagne, welche fordert, dass Aktieninhaber der 200 grössten börsennotierten Unternehmen, die derzeit im Besitz des Grossteils der verzeichneten Kohle-, Öl- und Gasreserven sind, ihre Anteile verkaufen.²⁵

3.3 Die Fossilindustrie ist und bleibt zerstörerisch

Die Fossilkonzerne Exxon Mobil, Shell, BHP Billiton, Gazprom und viele andere stehen für eine lange Tradition der Umweltzerstörung. Dazu zählt nicht nur die schier endlose Liste an verheerenden Tanker-, Pipeline- oder Plattformkatastrophen, die ganze Landstriche und Meeresküsten in Kloaken verwandelten und Hunderte von Milliarden an Reparaturkosten verursachten. Sie sind auch die Treiber der Klimakatastrophe. Laut einer Studie des Clima-

²⁵ <https://gofossilfree.org/top-200/>

te Accountability Instituts und des Carbon Disclosure-Projekts sind lediglich 25 Unternehmen für mehr als die Hälfte der industriellen Treibhausgasemissionen verantwortlich, die seit 1988 in die Umwelt geblasen wurden. Zu den 25 grössten Klimasündern der Welt zählen laut der Studie gleich 18 Ölkonzerne. Darunter befinden sich alle Grössen der Industrie, von Saudi Aramco über Exxon Mobil bis hin zu Total.²⁶

Es gibt Leute, die meinen, statt die Aktien zu verkaufen, solle man seine Aktionärsrechte dazu nutzen, diese Konzerne in die erneuerbare Energieversorgung zu führen. Doch das könnte schwierig werden. Denn die Fossilindustrie hat bisher kaum Anstalten unternommen, ihr Geschäftsmodell zu ökologisieren. Grossen Ankündigungen und Versprechungen folgten wenig konkrete Resultate. Seit Jahren behaupten grosse Ölplayer, sie würden ihre Gewinne freiwillig in die Wende hin zu erneuerbaren Energien investieren. Im Jahr 2000 definierte British Petroleum sein Kürzel BP in Beyond Petroleum um, um zu signalisieren, dass sie das Öl hinter sich lassen wollen. Der Vorstandsvorsitzende Sir John Browne verkündete: „Wir sind uns bewusst, dass die Welt kohlenstoffärmere Brennstoffe braucht. Wir wollen dafür Optionen entwickeln.“ Auch Chevron versprach, nachdem das Klimaprotokoll von Kyoto unterzeichnet worden war, den Umstieg. Doch tatsächlich flossen damals nur 4 Prozent der insgesamt 100 Milliarden Gewinne der fünf grossen Ölgiganten in alternative Projekte. Und obwohl die Nachfrage nach Erneuerbaren zunahm, sank der Prozentsatz in den Folgejahren. Auch jetzt, nach dem Pariser Abkommen, hört man wieder grosse Ankündigungen. „Wir müssen unser Geschäft fit machen für eine kohlenstoffarme Welt“, sagte Bob Dudley, Chef des britischen Multis BP. Und Shell-CEO Ben van Beurden hatte bereits zuvor erklärt: „Wir werden bis zu eine Milliarde Dollar pro Jahr in unsere Division Neue Energien bis zum Ende der Dekade investieren.“ Doch der neuerliche Schwenk der Ölkonzerne hin zu sauberer Energie ist wohl in erster Linie auf die tiefen Ölpreise der letzten Jahre zurückzuführen. Das Kerngeschäft der Ölmultis verschlechterte sich, weil ein Barrel Rohöl (159 Liter) mit rund 48 Dollar 2017 nicht einmal halb so viel wert war wie noch Anfang 2014. Bei den fünf unabhängigen Multis Exxon Mobil, Shell, BP, Chevron und Total ist der Umsatz von zusammengerechnet 1,64 Billionen Dollar im Jahr 2014 auf nur noch 916 Milliarden geschrumpft.²⁷ Gleichzeitig ist der Gewinn des Quintetts um 75 Prozent eingebrochen auf nur noch 18,2 Milliarden Dollar. Inzwischen liegt der Ölpreis wieder 50 Prozent höher bei 72 Dollar. Die Gewinne mit dem schwarzen Gold ziehen wieder an. Die Lust auf Alternativen dürfte wieder schmelzen wie die Gletscher dieser Tage.

Das könnte mit ein Grund sein, warum zum Beispiel die Stiftung Ethos, die auf den Aktionärsdialog mit Unternehmen spezialisiert ist, prioritär in Unternehmen mit geringer Kohlenstoffintensität investiert.²⁸

3.4 Abhängig von der Zerstörung

Der Aktienwert der Fossilkonzerne hängt ganz entscheidend von der Grösse ihrer fossilen Lager ab. Es ist ihre treuhänderische Pflicht gegenüber den Aktionären, welche konstante Profite erwarten, unablässig nach neuen Kohlenstofflagern zu suchen. Sie müssen laufend

²⁶ CDP 2017: The Carbon Majors Database

²⁷ <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/oelkonzerne-im-wandel-vom-schwarzen-gold-zur-gruenen-energie-/20052678.html>

²⁸ Die Anlagepolitik von ethos basiert in diesem Bereich auf der Ausarbeitung eines Kohlenstoffintensitäts-Ratings der Unternehmen und dem Aktionärsdialog über ihre Umweltstrategie sowie der Reduktion und Veröffentlichung des Kohlenstoff-Fussabdrucks ihrer Anlagefonds. Kohlefirmen werden ausgeschlossen, siehe: https://www.ethosfund.ch/sites/default/files/2017-01/2017_Concept_Ethos_pour_ISR_DE_web.pdf

ersetzen, was verbraucht wird, sprich, neue Lagerstätten suchen und erschliessen. Nur so können sie ihre Erneuerungsfähigkeit beweisen und den Aktienkurs halten. Zu diesem Zweck dringen sie in immer riskantere und problematischere Regionen vor: in die Tiefsee, in die Antarktis und in immer mehr unerschlossene Naturreservate. Die Konzerne, die fossile Ressourcen ausbeuten, drehen in einem Hamsterrad. Sie umzupolen ist für ihre Teilhaberinnen und Teilhaber ein schier unmögliches Unterfangen. Man darf sich keine Illusionen machen. Wer sich als Aktionärin, als Aktionär an einem Öl-, Gas- oder Kohlekonzern beteiligt, gibt diesem sein Geld, um fossile Brennstoffe zu finden und damit den Planeten aufzuheizen. Wer Fossilkonzerne unterstützt, unterstützt die Zerstörung der letzten Naturparadiese und eine Branche, die für verheerende Umweltverschmutzung und die Entrechtung von Ureinwohnerinnen und Ureinwohner auf dem ganzen Globus steht.²⁹ Aktionärinnen und Aktionäre, die diese Konzerne daran hindern, verlieren ihr Geld.

Die Erfinder der Klimalüge

Die Fossilkonzerne führen einen systematischen Krieg gegen die Wahrheit. Maximilian Probst und Daniel Pelletier schrieben dazu am 6. Dezember 2017 in einem ausführlichen Hintergrundartikel in der «Zeit»: *„Die eigentlichen Feldherren dieses Krieges sind die global agierenden Öl- und Kohle-Unternehmen. Sie fühlen sich nicht vom Klimawandel bedroht, sondern von den Klimaschutzmaßnahmen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen. Dabei weiß die Ölindustrie schon seit den siebziger Jahren um den wissenschaftlichen Zusammenhang zwischen Erderwärmung und CO₂-Ausstoß.*

Der Ölriese Exxon sagte 1981 in einem "CO₂-Positionspapier" voraus, dass die erwartete Verdopplung der CO₂-Konzentration in den nächsten hundert Jahren zu einem globalen Temperaturanstieg von drei Grad Celsius führen würde. Anstatt aber in die Zukunft zu investieren und den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, pumpt das Unternehmen ab Ende der achtziger Jahre zusammen mit anderen Ölfirmen Milliarden von Dollar in politische Kampagnen. Deren Ziel: den in der Bevölkerung herrschenden Konsens über den menschlichen Ursprung des Klimawandels und die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen zu zerstören – mittels gezielter Desinformation. Als Reaktion auf die Gründung der internationalen Klimaorganisation IPCC beteiligt sich Exxon 1988 am Aufbau einer Gegenorganisation: der Global Climate Coalition³⁰, eines Zusammenschlusses von Lobbyisten, die unter Verschleierung ihrer Geldgeber klimaskeptische Desinformation betreiben. Wie die aussieht, zeigt der Global Climate Science Communications Plan, den Exxon mit dem American Petroleum Institute 1998 ausarbeitet. Unter der Überschrift "Victory Will Be Achieved When ..." heißt es, die Öffentlichkeit und die Medien müssten von "Unsicherheiten" in der Klimawissenschaft überzeugt und diejenigen, die dann noch Klimaschutzmaßnahmen verteidigen, als "abgehoben von der Realität" dargestellt werden. Flankiert wird dieser Plan durch den Aufbau von Thinktanks und pseudowissenschaftlichen Instituten, in denen Akademiker, die klimaskeptische Positionen vertreten, in Kommunikationsarbeit geschult werden, um sich in mediale Debatten einzuschalten. Allein in der New York Times veröffentlichen Exxon und der Nachfolgekonzern Exxon Mobil bis in die letzten Jahre über 36 Advertorials, die die wissenschaftliche Grundlage der Klimapolitik infrage stellen.

....Das Ergebnis ist eine katastrophale Verzerrung. Für den Zeitraum von 1993 bis 2003 hat die Wissenschaftshistorikerin Naomi Oreskes, Autorin des bahnbrechenden Buches Merchants of Doubt (auf Deutsch Die Machiavellis der Wissenschaft), unter 928 Publikationen in Fachzeitschriften zum Schlüsselwort "globale Klimaveränderung" nicht eine einzige Ver-

²⁹ Naomi Klein (2015): Die Entscheidung Kapitalismus versus Klima. S. Fischer Verlag.

³⁰ Der Global Climate Coalition gehörten unter anderem die Mineralölkonzerne Exxon Mobil, Royal Dutch Shell, BP und Texaco sowie die Autobauer Ford, General Motors und DaimlerChrysler an.

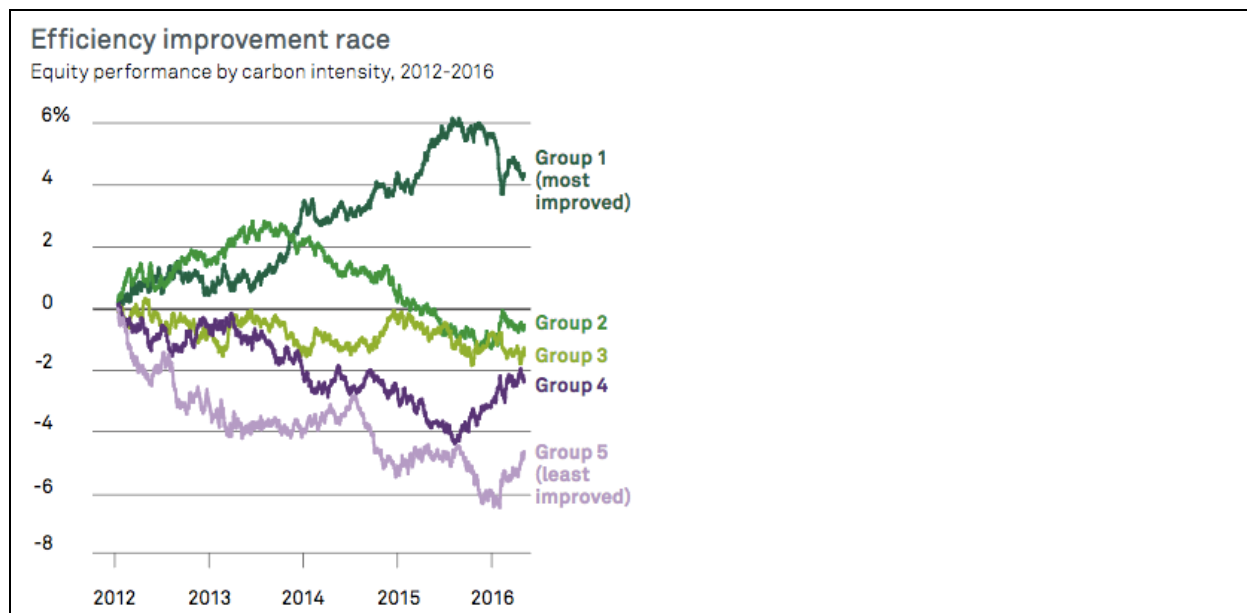
öffentlichung gefunden, die sich gegen die Erkenntnis von der menschlich verursachten Erderwärmung wandte. In den Zeitungen und im Fernsehen taucht dieser Standpunkt in einem vergleichbaren Zeitraum in jedem zweiten Beitrag auf.⁶¹

4. Die Chance

Die gute Nachricht lautet: Ein klimafreundlicher Finanzmarkt ist dem Status quo überlegen.

4.1 Nachhaltige Anlagen sind besser

Und wie ist es mit den Alternativen? Verliert man Geld, wenn man seine Ersparnisse nachhaltig anlegt und die fossile Industrie bewusst nicht berücksichtigt? Die Antwort heisst Nein. Auch wenn es auf dem Finanzmarkt keine sicheren Prognosen gibt, so gibt es heute sehr solide Quellen, die zum Schluss kommen: Nachhaltige Anlagen und Fonds sind nicht schwächer oder riskanter als andere. Mehrere wissenschaftliche Untersuchungen zeigen³², dass Produkte und Dienstleistungen aus dem Bereich Sustainable Finance häufig bessere Rendite-Profit-Profile bieten. Eine dieser Studien stammt von Blackrock, dem weltweit grössten Asset Manager³³ (siehe auch Figur 3).



³¹ http://www.zeit.de/2017/51/fake-news-klimawandel-energiekonzerne-desinformationskampagne?wt_zmc=sm.ext.zonaudev.facebook.ref.zeitde.share.link.x&utm_medium=sm&utm_source=facebook_zonaudev_ext&utm_campaign=ref&utm_content=zeitde_share_link_x

³² Fried, Busch & Bassen (2015): ESG and financial performance: aggregated evidence from more than 2000 empirical studies.

³³ Blackrock investment Institute (2016): Adapting portfolios to climate change. Implications and strategies for all investors

Figur 3: CO₂-Effizienz zahlte sich auf dem Aktienmarkt aus

Diese Darstellung vom Blackrock Investment-Institute³⁴ zeigt, dass die Aktienkurse derjenigen Firmen, welche ihre Kohlenstoffintensität am meisten gesenkt haben, sich am besten entwickelten. Die Analyse teilt die grossen 2400 börsenkotierten Unternehmen der Welt (MSCI) entsprechend der Senkung der Kohlenstoffintensität in fünf Gruppen ein. Kohlenstoffintensität steht für die Kohlenstoffemissionen pro Jahresumsatz. Die Group 1 sind diejenigen rund 500 Unternehmen, welche ihre Kohlenstoffintensität am stärksten gesenkt haben. Die Group 5 ist dasjenige Fünftel, das sie am wenigsten gesenkt hat. Die Daten sind von März 2012 bis April 2016.

Der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft eröffnet zukunftsfähige Wachstumschancen. Gerade Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen (z. B. Wohnungsbau und Mobilität) sowie erneuerbare Energien weisen gute Renditeprofile aus, die vergleichbar sind mit traditionellen Anlagen. Anreize für Investitionen dieser Art können sich sehr wohl lohnen. Zudem kann ein Finanzsektor die volks- und betriebswirtschaftlichen Risiken reduzieren, wenn er weniger stark dem Risiko der Kohlenstoffblase ausgesetzt ist.

„Dafür müssen die Anleger aber verstehen, inwiefern sie dem Klimawandel ausgesetzt sind. So können sie die Anlagen in ihrem Portfolio richtig gewichten, um Klimarisiken zu reduzieren. Die Kohlenstoffbilanz eines globalen Aktienportfolios lässt sich um 70 Prozent reduzieren, wenn die Anleger bei der Zusammensetzung um nur 0,3 Prozent vom Index abweichen. Ein Portfolio mit Schwerpunkt auf besonders energieeffizienten Unternehmen kann sogar seinen Vergleichsindex übertreffen. Daraus ergibt sich aber auch die wirklich gute Nachricht für Investoren: Es ist möglich, klimabewusst zu investieren, ohne bei klassischen Zielen der Renditemaximierung Kompromisse eingehen zu müssen.“
Philip Hildebrand. Der ehemalige Präsident der Schweizerischen Nationalbank ist heute Vice Chairman des weltweit grössten Vermögensverwalters BlackRock. (*Tages-Anzeiger*, 8.10.2016)

Die Alternativen entwickeln sich. Es gibt inzwischen Fonds, die ganz auf klimaschädliche Investitionen verzichten. In Norwegen entstand mit 'Storebrand' 2008 die erste "klimaneutrale Finanzgruppe". Sie wendete bei ihrer Finanzierungstätigkeit strikte Ausschlusskriterien an. Ihr Fond hat sich bisher erfreulich entwickelt.³⁵

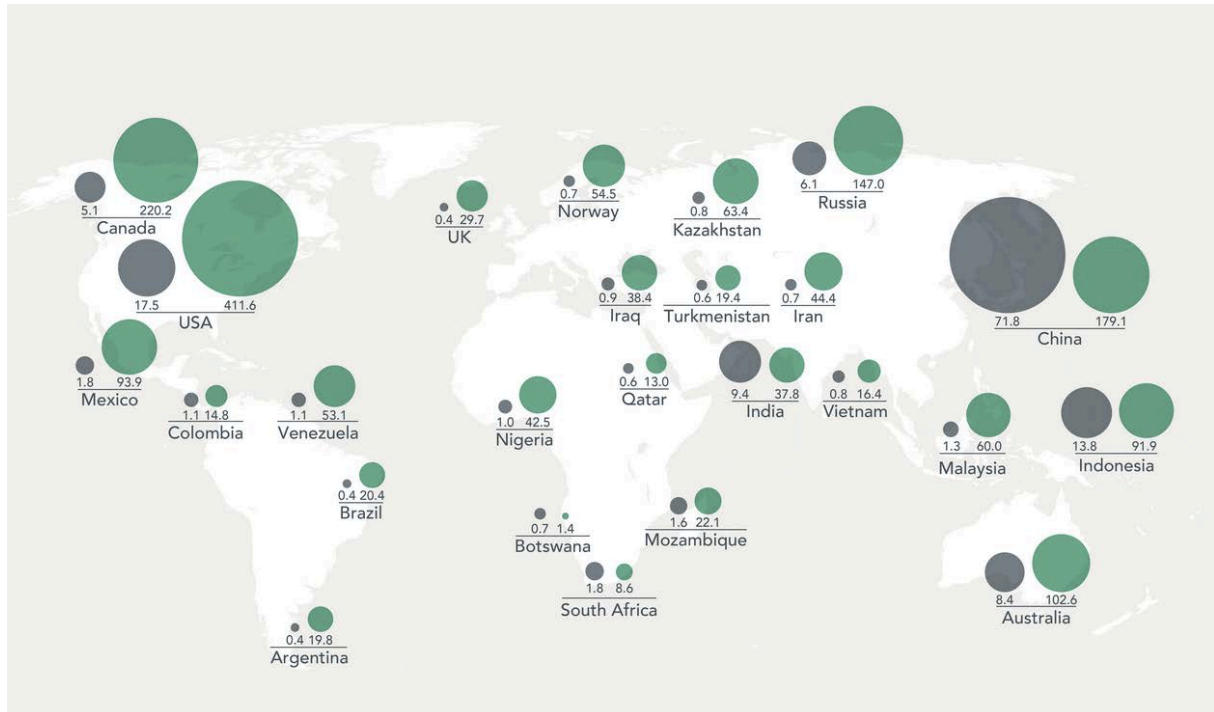
4.2 Chance für die Schweiz

Für die Schweizer Wirtschaft sind gute Rahmenbedingungen, die eine rasche Energiewende befördern, eine grosse Chance. Denn sie verfügt über gute Infrastrukturen sowie viel Kompetenz, Innovation und Forschung bei der Energiewende. Gelingt es ihr, die fossile Energieversorgung zu ersetzen, kann sie rund 10 Milliarden Franken, welche sie jedes Jahr für den Import von Erdöl und Erdgas ans Ausland verliert, in der Schweizer Wirtschaft halten. Und sie wird erst noch unabhängiger von zum Teil instabilen und undemokratischen Ländern, welche fossile Energieträger an die Schweiz liefern. Der ökologische Umbau schafft Wertschöpfung in der Schweiz. Im letzten Jahrzehnt wurden auch dank dem

³⁴ Blackrock investment Institute (2016): Adapting portfolios to climate change. Implications and strategies for all investors

³⁵ <https://www.storebrand.no/en/sustainability/climate-strategy>

aktuellen CO₂-Gesetz rund 40'000 neue Stellen in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz geschaffen. Die Bruttowertschöpfung wurde damit um gegen 6 Mrd. Franken gesteigert. Viele Länder sind wirtschaftlich von ihren fossilen Reserven abhängig (siehe Figur 3). Nicht so die Schweiz. Sie hat mit der Energiewende im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften nichts zu verlieren.



Figur 3 **wertlose Lager**: zeigt die nicht nutzbaren Reserven an Kohlenstoff in den Kohle-, Erdöl-, und Gasreserven der Welt (grau) und den entsprechenden Wert (Capex) in Mrd. \$ (grün), der verloren geht, wenn die Welt das 2-Grad Ziel erreichen will. Quelle: Carbon Tracker Initiative (2015).³⁶ Der Kohlenstoffgehalt und der Wert sind nicht identisch, da die verschiedenen Energieträger Kohle, Öl und Erdgas unterschiedlich teuer sind.

4.3 Schwarzgeld, Weissgeld, Grüngeld

Das gilt auch für den Finanzplatz. Mit einer bewussten strategischen Ausrichtung auf nachhaltige Finanzierungen (sustainable finances) können sich die Schweizer Banken und Versicherungen in einem rasch wachsenden Geschäftsfeld positionieren. Auch das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen sieht diese Chance für den Finanzsektor (siehe unten). Dieser verfügt über hervorragende Möglichkeiten, die nötigen Mittel, gutes Personal und Talente. Eine Vorwärtsstrategie hin zu einem Markt, den 195 Regierungen mit dem Abschluss des Pariser Klimaabkommens letztlich gefordert haben, sollte eigentlich die Lehre aus den letzten Jahrzehnten der Schweizer Bankenpolitik sein. Denn schon einmal hat der Schweizer Bankenplatz die internationale Entwicklung verschlafen.

Viel zu zögerlich hatte er sich vom sogenannten Bankgeheimnis gelöst. Das offizielle Bekenntnis zur Weissgeldstrategie folgte in den Jahren 2007/2008, als der Schaden schon angerichtet war. Jahrzehntlang hatten die Schweizer Banken unversteuerte Gelder akzep-

³⁶ Carbon Tracker Initiative: The \$2 trillion stranded assets danger zone: How fossil fuel firms risk destroying investor returns, 24. November 2015.

tiert oder gar aktiv in die Schweiz geholt. Die wachsende Kritik der ausländischen Regierungen ignorierte die Schweiz selbstgerecht. Mit saloppen Sprüchen «Das Bankgeheimnis steckt quasi in unseren Genen» (Kaspar Villiger, Bundesrat FDP im März 2000) oder «An diesem Bankgeheimnis werdet ihr euch noch die Zähne ausbeissen» (Finanzminister Hans-Rudolf Merz, FDP, am 19. März 2008 an die Adresse der EU) stellte Schweizer Politik auf stur. Sie ignorierte die Zeichen der Zeit und bezahlte später teuer dafür. Ein Grossteil der Schweizer Banken musste Bussen in Milliardenhöhe bezahlen und erlitt einen erheblichen Imageschaden. Einzelne Gemeinden und Kantone und auch der Bund bezahlten die Zeche. Denn die riesigen Verluste der Schweizer Banken führten zu erheblichen Steuer ausfällen.

Die Weissgeldstrategie kam viel zu spät. Zu lange hatte die Politik geschlafen oder sich blind in den Dienst gewisser Finanzhaie gestellt. Im Nachhinein gaben das auch die für dieses Desaster Verantwortlichen zu. So vermeldete der ehemalige FDP-Präsident Franz Steinegger am 14. Juni 2010 in der Schweizer Illustrierten zur Verteidigung des Bankgeheimnisses: «Schon vor zehn Jahren zeichnete sich ab, dass die Politiker als nützliche Idioten herhielten.»

«Investitionen in grüne Technologien sind eine Chance für finanzielle Stabilität und können helfen, die Falle von tiefer Inflation und schwachem Wachstum zu überwinden.»

Mark Carney, Governor der Bank of England³⁷

Das soll der Schweiz nicht noch einmal passieren. Im Gegenteil, der Schweizer Finanzplatz soll in die Offensive gehen. Die ersten Akteure tun dies bereits. Swiss Re hat im letzten Sommer 130 Milliarden umgeschichtet. Neu verwendet sie einen Nachhaltigkeits-Referenz-Index. Auch das UBS Asset Management will das tun. Der Finanzmarkt Schweiz profitiert aber am meisten, wenn er als Ganzes und konsequent vorgeht. Was er durch seine Schwarzgeldstrategie verloren hat, kann er durch eine konsequente «Grüngeldstrategie» wieder wettmachen. Die Weissgeldstrategie, die übrigens noch längst nicht vollständig umgesetzt wurde, ist ein reaktiver Ansatz. Er konzentriert sich auf die Passivseite der Bilanz und zwang die Schweiz zur mehr oder weniger automatischen Übernahme internationaler Gesetze und Standards. Diesmal sollte sich die Schweiz nicht zwei Mal bitten lassen und eine führende Rolle übernehmen. Denn eines ist klar. Die Finanzbranche muss sich weltweit zwingend neu ausrichten, damit die Klimakatastrophe abgewendet werden kann. Den Letzten beißen die Hunde.

Wenn die Schweizer Banken und Versicherungen vorangehen, können sie nicht nur einen Reputationsschaden korrigieren, sie können auch neue Ertragsquellen generieren, sich Wettbewerbsvorteile verschaffen und last but not least, die dringend nötige Ökologisierung der Wirtschaft ermöglichen. Klare politische Rahmenbedingungen zur Förderung nachhaltiger Geldflüsse (sustainable finance) stärken die Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Finanzsektors.

Z.B. die Schweizerische Nationalbank

Das identifizierbare Aktienportfolio der Schweizerischen Nationalbank verursachte im Jahr 2017 mit Emissionen von 48,5 Millionen Tonnen CO₂ etwa gleich viel Klimagase wie die

³⁷ <https://www.theguardian.com/business/2016/sep/22/carney-backs-green-finance-to-cut-emissions-and-boost-growth>

gesamte Schweizer Wirtschaft und die Haushalte zusammen. Hätte sie die identifizierten 7,4 Milliarden Franken, die sie in die Unternehmen mit dem grössten CO₂-Ausstoss angelegt hat, desinvestiert und in die klimafreundlichsten Unternehmen reinvestiert, dann hätte die Schweizerische Nationalbank (SNB) die mit ihrem Aktienportfolio verbundenen Emissionen halbiert. Und sie hätte das Finanzergebnis in den letzten drei Jahren (vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2017) um 10 Milliarden Franken verbessert. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse der Analyse, die die Artisans de la Transition³⁸ bei der Zürcher Firma ISS-Ethix in Auftrag gegeben haben.³⁹

5. Die Politik

Klimafreundliche Finanzen sind weltweit ein Megathema. Doch der Schweizer Finanzmarkt droht wieder einmal den Anschluss zu verpassen, weil die Politik schläft.

5.1 Die Politik in der Schweiz

Der Klimaschutz kommt in der Bundesverfassung nicht vor und es gibt bisher keine Gesetze oder Verordnungen, die den indirekten und direkten Klimaauswirkungen des Finanzsektors Rechnung tragen. Der Entwurf zum neuen CO₂-Gesetz, den der Bundesrat zur Umsetzung des Klimaabkommens 2017 präsentiert hat, erwähnt den Finanzmarkt mit keinem Wort. Der Bundesrat hat sich mit der Unterzeichnung des Pariser Klima-Abkommens zwar verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Finanzmittelflüsse dem Zweigrad-Ziel dienen. Er setzt dabei aber völlig auf die Freiwilligkeit der Branche. In der Bundesverwaltung laufen verschiedene Aktivitäten dazu.

Die Bundesverwaltung

Das BAFU veröffentlichte im Jahre 2016 „Vorschläge für einen Fahrplan zu einem nachhaltigen Finanzsystem in der Schweiz“. Es führte im Jahr 2016 ein Forschungsprojekt zur Finanzperformance von kohlenstoffarmen Fonds im Vergleich zu ihren üblichen Fonds durch. Und schliesslich hat das BAFU alle Pensionskassen und Versicherer aufgefordert, die 2-Grad-Kompatibilität ihrer Portfolios zu bemessen. Das BAFU hat ebenfalls damit begonnen, Sustainable Finance-Aspekte in ihren Strategien zu berücksichtigen. Diese tauchen auch in der seit 2016 geltenden „Strategie Nachhaltige Entwicklung“ des ARE (Amt für Raumplanung und Entwicklung) auf.

Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen nahm im Jahr 2016 an der Green Finance Study Group (GFSG) der G20 teil und organisierte im Mai 2016 eine Veranstaltung zu Umweltrisiken im Finanzsektor. Im Oktober 2016 veröffentlichte die Regierung eine neue Finanzmarktstrategie mit fünf Stossrichtungen für den Wandel. Sustainable Finance (nachhaltige Finanzen) gehört zu den Kernelementen des Innovationshebels und wird als eine Chance für den Finanzsektor gesehen.

³⁸ <http://www.artisansdelatransition.org/rappports.html#carbon-invest-rappports>

³⁹ http://www.fossilfree.ch/media/cms_page_media/2018/4/18/Bericht%20SNB%202018_SL%20180411.pdf

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) war vor Kurzem an der Lancierung eines innovativen Impact-Investmentfonds mit Symbiotics und UBS beteiligt. Es gehörte ebenfalls zu den Hauptfinanzierenden der Natural Capital Finance Alliance (ehemals NCD), die darauf abzielt, zu zeigen, dass "natural capital" für Finanzdienstleister relevant ist. Das vom SECO vorgelegte Corporate Social Responsibility-Positionspapier und dessen Aktionsprogramm nehmen Sustainable Finance aber nicht auf.

Die Kantone

Die Stände Freiburg, Genf und Waadt schreiben ihren kantonalen Pensionskassen vor, dass sie die Kriterien von ESG (Ökologie, Soziales und Gouvernanz) bei ihrer Investitionspolitik berücksichtigen müssen. Vereinzelt haben staatliche Pensionskassen eine Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB)

Die SNB erwähnt in ihren Richtlinien für die Anlagepolitik, dass sie „auf Investitionen in Unternehmen verzichtet, die " [...] Menschenrechte massiv verletzen oder systematisch gravierende Umweltschäden verursachen.“ Im Klimabereich ist die SNB im Gegensatz zu den Nationalbanken anderer Länder bisher nicht aktiv.

Es gibt kein Gesetz und keinerlei Anreize, die die SNB verpflichten, die Klimarisiken zu reduzieren oder Klimaschutz- und/oder Anpassungsmassnahmen zu fördern. In einer aktuellen Studie von Artisans de la Transition sind die umfangreichen Investitionen der SNB in Unternehmen aufgeführt, welche fossile Energien fördern. Allein diejenigen 10 Prozent ihres Vermögens, welche die SNB in den Vereinigten Staaten in Form von Aktienanlagen tätigt, sind für CO₂-Emissionen verantwortlich, deren Höhe den gesamten CO₂-Emissionen der Schweiz im Jahr 2013 entsprechen.

Die SNB verfolgt keine Klimastrategie und beabsichtigt in naher Zukunft auch keine Durchführung von Klima-Stress-Tests. Mit einem verwalteten Vermögen von über 800 Milliarden Franken gehört die SNB zu den grössten Investoren der Welt. Eine Änderung ihrer Anlagepolitik hätte wichtige positive ökologische und soziale Auswirkungen. Die Nationalbank könnte mit einem klaren Bekenntnis zu einer klimafreundlichen Anlagepolitik viele Anbieter von Finanzprodukten sofort bewegen, entsprechende Produkte anzubieten. Darüber hinaus würde die SNB, wenn sie mit gutem Beispiel voranginge, vermutlich andere Finanzdienstleister motivieren oder indirekt gar zwingen, vergleichbare Massnahmen zu ergreifen. Genau genommen hätte die Nationalbank schon lange damit anfangen müssen. Dass sie die Klimafrage schlicht ignoriert, verstösst gegen die eigenen Anlagerichtlinien, welche Anlagen ausschliessen, die "systematisch gravierende Umweltschäden verursachen oder grundlegende Menschenrechte massiv verletzen". Wenn die SNB ernsthaft glaubt, dass die Klimaüberhitzung zu keinen „systematisch gravierenden Umweltschäden' führt oder nicht 'grundlegende Menschenrechte massiv verletzt', sollte sie sich dringend mit der Klimawissenschaft in Verbindung setzen.

Die Nationalbank begründet ihr Nichtstun mit dem schon fast zynischen Argument der Investitions-«Neutralität». Eine Investitionspolitik, welche das Klimarisiko ignoriert, ist nicht neutral, sondern blind. Sie missachtet den Auftrag zur Sicherung der Finanzstabilität und ergreift Partei für einen Anstieg der Erdtemperatur von 4 bis 6 Grad. Sie verstösst gegen die Interessen der Schweiz, gegen das nationale CO₂-Gesetz und das Abkommen von Paris.

«Ein stabiles Klima ist auf lange Sicht ein entscheidender Faktor für Finanzstabilität» ...

«Wir sollten braune Beteiligungen mit einem braunen Straffaktor belegen, der entweder als systemischer Risikopuffer oder als Auflage in Pensionskassenauflagen eingesetzt werden könnte.»

Wir gehören zu den ersten Zentralbanken, die sich dazu verpflichten, den Beitrag ihrer Anlagen und Pensionsportfolios zur ökologischen Wende zu verbessern und jedes Jahr über unseren Fortschritt zu berichten.»

Francois Villeroy de Galhau, Direktor der französischen Nationalbank am 6. April 2018. Mit braunen Beteiligungen meint er die fossile Industrie.

5.2 Die Politik auf internationaler Ebene

Während die Schweizer Politik wartet wie der Hase vor der Schlange, gehen andere Länder rasch voran. Verschiedene Regierungen besitzen oder schaffen Rahmenbedingungen für mehr Transparenz in Bezug auf die CO₂-Intensität von Investitionen. Eine Studie des PRI (Principles for responsible Investment) zeigt, dass in den 50 grössten Volkswirtschaften der Welt nahezu 300 politische Instrumente Investorinnen und Investoren dazu ermutigen, ökologische, soziale und Gouvernanz-Faktoren zu berücksichtigen.⁴⁰ Über die Hälfte hiervon wurde in den letzten drei Jahren eingeführt.

Der Aktionsplan der EU-Kommission

Die EU gibt auf diesem Thema Gas. Die EU-Kommission schlug am 3. März 2018 eine Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen vor, die auch einen eng getakteten Fahrplan und den Einbezug aller einschlägigen Akteure des Finanzsystems vorsieht.⁴¹ Die Arbeiten und Massnahmen beinhalten:

- die Festlegung einer gemeinsamen Sprache für das nachhaltige Finanzwesen, d. h. ein einheitliches EU-Klassifikationssystem (oder Taxonomie). Hierin werden der Begriff der Nachhaltigkeit festgelegt und die Bereiche genannt, in denen nachhaltige Investitionen grösstmögliche Wirkung entfalten können.
- die Schaffung eines EU-Kennzeichens für „grüne“ Finanzprodukte auf der Grundlage dieses EU-Klassifikationssystems: So können Investorinnen und Investoren leicht erkennen, welche Investitionen den Kriterien der Umweltfreundlichkeit oder Emissionsarmut genügen.
- die Klärung der Pflicht von Vermögensverwaltern und institutionellen Anlegern, das Kriterium der Nachhaltigkeit bei den Investitionsabläufen zu berücksichtigen und die Offenlegungsvorschriften zu stärken.
- die Auflage für Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen, ihre Kundinnen und Kunden entsprechend ihren Nachhaltigkeitspräferenzen zu beraten.
- den Einbezug der Nachhaltigkeit in die Aufsichtsvorschriften: Banken und Versicherungsunternehmen sind eine wichtige Fremdfinanzierungsquelle für die europäische Wirtschaft. Die Kommission wird, sofern dies aus der Risikoperspektive gerechtfertigt ist, die Machbarkeit einer erneuten Feinabstimmung der Kapitalanforde-

⁴⁰ http://www.sustainablefinance.ch/upload/cms/user/20161205_PRI_MSCI_Global-Guide-to-Responsible-Investment-Regulation.pdf

⁴¹ Europäische Kommission (2018): Aktionsplan: Finanzierung nachhaltigen Wachstums.

rungen von Banken für nachhaltige Investitionen (den so genannten „green supporting factor“) prüfen und dabei darauf achten, dass die Finanzstabilität gewahrt bleibt.

- eine grössere Transparenz der Unternehmensbilanzen: Die Kommission schlägt vor, die Leitlinien für nicht finanzielle Informationen stärker an die Empfehlungen der Task Force „Klimabezogene Finanzinformationen“ (TCFD) des Finanzstabilitätsrats anzugleichen.

Schon vorher war die EU aktiv. Die EU-Richtlinie über die nicht finanzielle Berichterstattung (2014/95/EC)⁴² verlangt, dass alle europäischen Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitenden über ökologische, soziale und Gouvernanz-Faktoren berichten. Die EU-Kapitalmarktreform entwickelt ESG-Leitlinien⁴³ für Unternehmen. Frankreich fordert seit Anfang 2016 von allen institutionellen Investoren, dass sie die Klimaemissionen ihrer Investitionen offenlegen. Im Gegensatz dazu verlangt die Schweiz keine umfassende ESG-Berichterstattung, weder für Unternehmen noch für Investoren. Das BAFU stellte in einer kürzlich veröffentlichten Studie fest, dass nur 132 der 500 grössten Unternehmen in der Schweiz eine Art Nachhaltigkeitsreporting betreiben. Ohne diese Informationen können Investoren ihre Entscheide aber nur schwer auf Nachhaltigkeit abstützen.

Die neue EU-Pensionsfondsrichtlinie (IORP II) verlangt, dass alle Pensionskassen Umwelt- und Sozialfaktoren in ihre Anlageentscheide einbeziehen. Die Richtlinie wurde im Dezember 2016 erlassen und trat im Januar 2017 in Kraft. Ähnliches gilt für den Sustainable Investment Pension Disclosure Act.

Internationale Zentralbanken

Auch immer mehr Nationalbanken und Aufsichtsbehörden befassen sich mit Nachhaltigkeitsfragen. Sie konzentrieren sich dabei vor allem auf den Klimawandel.⁴⁴ Im Dezember 2017 haben elf davon ein Netzwerk für die Ökologisierung des Finanzsystems (NGFS) gegründet. Ziel des Netzwerks ist es, die globale Reaktion zu verstärken, die erforderlich ist, um die Ziele des Übereinkommens von Paris zu erreichen. Zu diesem Zweck haben sich acht Nationalbanken (China, Deutschland, England, Frankreich, Mexico, Niederlande, Schweden und Singapore) sowie drei Finanzmarktaufsichten (Frankreich, Deutschland, Schweden) zusammengeschlossen.⁴⁵ Die Schweiz fehlt.

Die Nationalbanken verfolgen je nach Herkunftsland unterschiedliche Ziele. Es besteht international aber weitgehend Konsens darüber, dass der Klimawandel erhebliche negative Auswirkungen auf kohlenstoffintensive Vermögenswerte hat. Demzufolge erwägen einige Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten, u.a. in Schweden, Deutschland und England, die Einführung von Klima-Stress-Tests. Im Vereinigten Königreich wurde der reglementarische Auftrag der Bank of England im Jahr 2012 mit dem Klimawandel verknüpft. Die niederländische Zentralbank (DNB) untersuchte 2014 die Exposition ihres Finanzsektors auf Klimarisiken.⁴⁶ Einige Zentralbanken schauen auf die sich eröffnenden Chancen und zielen auf

⁴² http://ec.europa.eu/finance/company-reporting/nonfinancial_reporting/index_en.htm

⁴³ ESG – Environmental and Social Governance (zu Deutsch: Umwelt und gesellschaftliche Unternehmensführung) steht als Kürzel für Nachhaltigkeitskriterien im Zusammenhang mit Unternehmensverantwortung.

⁴⁴ WWF (2017) Sustainable Finance – jetzt oder nie. WWF White paper.

⁴⁵ Network for greening the financial system; <https://www.banque-france.fr/en/financial-stability/international-role/network-greening-financial-system>

⁴⁶ UNEP (2016): Building a Sustainable Financial System in the European Union.

die Förderung nachhaltiger Investitionen ab. Die EU-Kapitalmarktreform zwang die Europäische Investitionsbank dazu, die Verfügbarkeit von nachhaltigen Investmentfonds (green funds) zu erhöhen. Mindestens 20 Prozent des EU-Klimaschutzbudgets 2014-2020 sollen zu diesem Zweck aufgewendet werden.

6. Forderungen

Konsequenter Klimaschutz muss neben den direkten Emissionen, die in der Schweiz entstehen, zwingend auch die Investitionen im Fokus haben. Als führender Finanzplatz und als Weltmeisterin im Sparen verfügt die Schweiz über einen grossen Hebel und trägt entsprechend eine grosse Verantwortung für den Schutz des Klimas.

Ziel: Bis 2030 soll der Schweizer Finanzmarkt kein Geld mehr in Firmen investieren, die Erdöl, Gas oder Kohle erschliessen. Das Geld in die fossil verarbeitende Industrie soll um 50 Prozent sinken.

Zur Erreichung dieses Zieles braucht es folgende politische Massnahmen. Der Regulierungsgrad der vorgeschlagenen Massnahmen ist steigend. Die letzten Massnahmen sollen dann eingeführt werden, wenn die ersten nicht greifen:

6.1 Internationales Engagement der Schweiz gegen klimaschädliche Investitionen

Die Schweiz spricht keine Exportrisikogarantie und keine Gelder im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit für Projekte, welche die Extraktion von fossilen Brennstoffen und den Ausstoss von Klimagasen fördern und sie engagiert sich im Rahmen ihres Einsitzes bei OECD, UNO, Weltbank und anderen internationalen Institutionen für eine klimaschonende Investitionspolitik.

Dies ist sinnvoll, da Finanzmärkte global und grenzenlos agieren und durch gleichmässiges Anheben der Standards auf globaler Ebene eine Kapitalflucht aus klimaschutzfokussierten Märkten gebremst werden kann.

6.2 Berufsvorsorge: Die Ziele der Vermögensverwaltung gesetzlich erweitern

Die drei klassischen Ziele der Vermögensverwaltung Sicherheit, Rentabilität und Liquidität, welche Art. 71 des Berufsvorsorgegesetzes (BVG) beschreibt, sind um die Dimension Klimaverträglichkeit zu erweitern.

Nur so kann die Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaabkommen sichergestellt und das Klimarisiko durch Finanzmarktcontrollen überprüft werden.

6.3 Transparenz schaffen

Pensionskassen, Versicherungen aber auch Banken, Vermögensverwalter und Börsen sollen verpflichtet werden, über die Klimaauswirkungen ihrer Investitionen zu berichten.

Das Herstellen von Transparenz bezüglich CO₂-Risiko (Investment Carbon Exposure) ist heute über kostengünstige technische Hilfsmittel möglich und mit relativ geringem Aufwand verbunden. Die institutionellen Anleger wie Pensionskassen oder Versicherungen sind nach Obligationenrecht und Art. 47 BVV 2 (Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge) heute nur gezwungen, die Anteile der verschiedenen Anlageklassen in ihren Geschäftsberichten zu veröffentlichen. Deren Beitrag zur Klimaerwärmung ist für die Kundinnen und Kunden hingegen nicht ersichtlich. Das Risiko für Klima und Anlagensicherheit wird in den Unternehmensbewertungen weder eingepreist noch reflektiert. Erst wenn der Anteil an „fossilen Unternehmen“ inkl. des damit verbundenen CO₂-Potenzials ausgewiesen wird, lässt sich dieser Aspekt überhaupt steuern.

In Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und anderen Ländern müssen Pensionskassen offenlegen, inwiefern ökologische und ethische Aspekte in der Anlagepolitik berücksichtigt werden. Die schwedische Regierung verlangt von allen Fondsgesellschaften, dass sie mit einer einfachen und vergleichbaren Kennzahl im Zeichnungsvorgang eines Fonds das fossile Risiko eines Investments (Carbon Exposure) gegenüber den Kundinnen und Kunden offenlegen. Als Folge davon wird das Thema Klimaauswirkungen von Anlagen in der ganzen Gesellschaft und in Fachgremien diskutiert und neue Methoden werden entwickelt. Auch die französische Regierung hat dies im Sommer 2015 aufgegriffen. Sie will die Klimatransparenz für alle institutionellen Investoren verpflichtend einführen und Vorgaben machen, wie eine solche Berichterstattung aussehen und welche Elemente sie nach welcher Methodik beinhalten soll.

6.4 Die Nationalbank und die Finanzmarktaufsicht verpflichten

Die Nationalbank und die Finma bekennen sich öffentlich zum Pariser Klimaabkommen und leisten ihren Beitrag dazu.

Die Nationalbank evaluiert ihre eigenen Investitionen gegenüber Klimarisiken und erweitert ihre Anlagerichtlinien, um Investitionen auszuschliessen, die systematisch gravierende Klimaschäden verursachen. Sie ermittelt und veröffentlicht ihre Zweigrad-Kompatibilität und eine Strategie zur Erreichung ihrer Ziele. Sie erarbeitet zusammen mit der Finma vorsorgliche Grundlagen, welche die Beherrschung der Klimarisiken zur Erhaltung der Finanzstabilität sicherstellen. Sie führt Klimastresstests für die Schweizer Banken, Versicherungen und Pensionskassen durch und veröffentlicht Massnahmen zur Eindämmung der Makro-Risiken.

6.5 Zielvorgaben an alle Anleger

Der Bundesrat gibt allen Anlegern Kenngrössen und Reduktionsziele vor. Die staatlichen Vorsorgeeinrichtungen von Bund und Kantonen wie Publica, Pensionskassen der kantonalen Angestellten, SUVA, AHV/IV/EO-Fonds gehen konsequent voran.

Die Klimaauswirkungen der Anlagen sollen sukzessive sinken. Wenn Transparenz und

freiwillige Massnahmen nicht zum Ausstieg aus der Investition in die Extraktion fossiler Brennstoffe führen und das durch die Kohlenstoffblase verursachte Anlegerrisiko nicht gemindert wird, soll der Bundesrat Kenngrössen und Reduktionsziele vorgeben. Den Anlegern soll genügend Zeit eingeräumt werden, damit sie die klimaschädlichen Titel zu einem günstigen Zeitpunkt auswechseln können.

Ein Beispiel für die Reduktion von Risiken kann eine Orientierung an Indizes sein, die eine treibhausgasreduzierte Welt abbilden, wie etwa der MSCI Low Carbon Index mit 67 tCO_{2eq} pro Million investierter Schweizer Franken. Bei einer Orientierung an diesem Index könnte beispielsweise die indirekte Treibhausgaswirkung der Schweizer Aktienfonds bei ähnlichem Risikoprofil um zwei Drittel gesenkt werden.

Spezialistinnen und Spezialisten gehen davon aus, dass ein Ausstieg aus emissionsintensiven Branchen oder ein Umstieg auf klimafreundlichere Unternehmen im gleichen Sektor ohne grössere Folgen in Bezug auf Risiko und Diversifikation möglich wären (siehe Kapitel 4).

6.6 CO₂-Abgabe auf klimaschädigende Kapitalgewinne

Auf dem Finanzplatz Schweiz wird eine Abgabe auf die Investmentrendite von klimaschädlichen Finanzprodukten eingeführt.

Damit würden die Kosten der Klimaerwärmung endlich auf dem Finanzmarkt sichtbar und die Kapitalströme könnten in klimafreundlichere Investitionsalternativen fliessen. Heute sind die Klimaschäden nicht internalisiert. Die Investorinnen und Investoren verdienen Geld mit ihren Anlagen, müssen aber für den gesamtgesellschaftlichen Schaden der Unternehmensaktivitäten nicht bezahlen. Dieser wird auf zukünftige Generationen und Opfer des Klimawandels abgewälzt. Wären diese externen Kosten in der Investitionsentscheidung reflektiert, würde die Entscheidung wohl anders ausfallen. Die Einnahmen aus einer solchen Abgabe könnten wiederum in klimaverbessernde Projekte fliessen, womit sogar Klimaneutralität der Investitionen erzielbar wäre. Alternativ könnte eine solche Einpreisung auch als „Schattenpreis“ erfolgen: Der Preis wird zwar ausgewiesen, aber nicht bezahlt. Bei jeder Finanzmarkttransaktion an der Börse kann die Investorin, der Investor so erfahren, welchen theoretischen Preis der Klimaschaden seiner Investitionsentscheidung mit sich bringt.